



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

KammerInfo

Aktuelles aus Berlin:

[Fachanwalt für Bank- Kapitalmarktrecht
Verbraucherinsolvenzverfahren](#)
[Aufsicht in Insolvenzverfahren \(GAVI\)](#)
[Telekommunikationsüberwachung](#)
[Gesetzliche Regelung zum
Jugendstrafvollzug](#)
[Sicherstellung in internationalen
Strafverfahren](#)
[Strafverschärfung für extremistische
Gewalttaten](#)

[Änderungen im Maßregelvollzug
Jahressteuergesetz 2008](#)
[Unternehmenssteuerreform 2008](#)
[BFH: Mindeststreitwert verfassungsgemäß
Lohnsteuer 2008](#)
[XML-Tage in Berlin](#)
[DAI](#)

Ausgabe Nr. 15/2007 v. 23.08.2007

Aktuelles aus Berlin:

Fachanwalt für Bank- Kapitalmarktrecht

Das BMJ hat die Beschlüsse der [Satzungsversammlung](#) zur Einführung einer neuen Fachanwaltschaft für Bank- und Kapitalmarktrecht nicht beanstandet ([Beschlüsse v. 11.06.2007](#)). Somit können diese in Heft 5/2007 der BRAK-Mitteilungen, das Mitte Oktober erscheinen wird, veröffentlicht werden. Die Neuregelung der FAO kann dann zum 01.01.2008 in Kraft treten.

Verbraucherinsolvenzverfahren

Das Bundeskabinett hat am 22.08.2007 den [Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Entschuldung mittelloser Personen, zur Stärkung der Gläubigerrechte sowie zur Regelung der Insolvenzfestigkeit von Lizenzen](#) beschlossen. Lesen Sie hierzu auch die [BMJ- Pressemitteilung v. 22.08.07](#) und das [BMJ-Schaubild zur Verbraucherinsolvenz](#). Der Regierungsentwurf sieht – anders als der [Referentenentwurf](#) – vor, dass im Verbraucherinsolvenzverfahren vom Gericht ein Treuhänder eingesetzt wird. Die BRAK hatte sich bereits zum Referentenentwurf in der [BRAK-Stellungnahme-Nr. 12/2007](#) geäußert. Wir berichteten zu diesem Thema in KammerInfo [6/2007](#) sowie [12/2006](#).

Aufsicht in Insolvenzverfahren (GAVI)

Der [Gesetzesantrag der Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung und Vereinfachung der Aufsicht in Insolvenzverfahren](#) wurde in den Bundesrat eingebracht. Durch die Neuregelung soll eine Vereinfachung und Verbesserung der gerichtlichen Aufsicht in Insolvenzverfahren erreicht werden. Lesen Sie hierzu die [Presseerklärung des Justizministeriums NRW v. 14.08.2007](#). Die BRAK hatte bereits zum [Diskussionsentwurf](#) Stellung genommen ([BRAK-Stellungnahme-Nr. 40/2006](#)). Die BRAK bezeichnete dabei die Vereinheitlichung von Formalien im Insolvenzverfahren als sinnvoll, lehnte die im Entwurf vorgeschlagenen Kontrollen jedoch ab. Wir berichteten zu

diesem Thema in KammerInfo [1/2007](#).

Telekommunikationsüberwachung

Die BRAK hat zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der [Richtlinie 2006/24/EG \(BR-Drs. 275/07, BT-Drs. 16/5846\)](#) umfangreich Stellung genommen ([BRAK-Stellungnahme-Nr. 31/2007](#)). Durch den Entwurf sollen die Vorgaben aus dem BVerfG-Urteil v. 27.07.2007 ([1 BvR 668/04](#), vgl. dazu KammerInfo [15/2005](#)) erfüllt und verdeckte Ermittlungsmaßnahmen auf eine sichere Rechtsgrundlage gestellt werden. Wir berichteten zu diesem Thema in KammerInfo [13](#) und [12/2007](#).

Gesetzliche Regelung zum Jugendstrafvollzug

Das Bundeskabinett hat am 08.08.2007 den [Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Jugendgerichtsgesetzes und anderer Gesetze](#) beschlossen. Durch diesen Entwurf sollen die Vorgaben des BVerfG-Urteil v. 31.05.2006 ([2 BvR 1673/04; 2 BvR 2402/04](#) - vgl. [BVerfG-Pressemitteilung- Nr. 43/2006 v. 31.05.2006](#)) umgesetzt werden. Das BVerfG hatte den Gesetzgeber aufgefordert, Rechtswegregelungen für den Jugendstrafvollzug zu schaffen, die der besonderen Situation Jugendstrafgefangener gerecht werden. Lesen Sie hierzu auch die [BMJ-Pressemitteilung v. 08.08.2007](#) und KammerInfo [12/2006](#).

Sicherstellung in internationalen Strafverfahren

Das Bundeskabinett hat am 08.08.2007 den [Regierungsentwurf](#) eines Gesetzes zur Umsetzung des [Rahmenbeschlusses 2003/577/JI des Rates v. 22.07.2003](#) über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismittel in der Europäischen Union beschlossen. Durch diese Neuregelung soll die Sicherstellung von Gegenständen im Rahmen von grenzüberschreitenden Strafverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Lesen Sie auch die [BMJ-Pressemitteilung v. 08.08.2007](#).

Strafverschärfung für extremistische Gewalttaten

Die Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt wollen im Rahmen einer Bundesratsinitiative durch Änderungen im Strafgesetzbuch erreichen, dass rassistische oder fremdenfeindliche Beweggründe einer Tat bei der Festsetzung der Strafe besonders berücksichtigt werden. Dazu sind Änderungen der §§ 46, 47 und 56 StGB vorgesehen. Lesen Sie hierzu die [Pressemitteilung des Justizministeriums Brandenburg v. 15.08.2007](#).

Änderungen im Maßregelvollzug

Das Gesetz zur Sicherung der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt wurde im [BGBl. I 2007, 1327 ff.](#) vom 19.07.2007 verkündet. Es tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft. Durch das Gesetz wird die Vollstreckungsreihenfolge im Fall der Unterbringung in einer Entziehungsanstalt neu geregelt. Lesen Sie hierzu auch KammerInfo [12](#), [7](#), [6](#), [5/2007](#); [14](#), [11](#), [8](#), [7/2006](#) sowie [10/2005](#).

Jahressteuergesetz 2008

Das Kabinett hat am 08.08.2007 den Regierungsentwurf für ein Jahressteuergesetz 2008 beschlossen. Den Regierungsentwurf finden Sie [hier](#). Lesen Sie auch die [BMF-Pressemitteilung 89/2007 v. 08.08.2007](#). Die BRAK hatte bereits zum [Referentenentwurf](#) kritisch Stellung genommen ([BRAK-Stellungnahme-Nr. 30/2007](#)). Die BRAK kritisierte insbesondere die geplante Neuregelung in § 42 AO-E. Diese sieht vor, dass nicht mehr der Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten in der Abgabenordnung erfasst werden soll, sondern dass generell alle Steuergestaltungen, die zu einem Steuervorteil

führen, unter den Anwendungsbereich der Norm fallen sollen. Wir berichteten hierzu in KammerInfo [14/2007](#).

Unternehmenssteuerreform 2008

Das Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 ist am 17.08.2007 verkündet worden ([BGBl. I 2007, S. 1912 ff.](#)). Es ist im Wesentlichen am 18.08.2007 in Kraft getreten. Wir berichteten hierzu in KammerInfo [14](#), [13](#), [11](#), [10](#), [9](#), [8](#), [5](#) und [4/2007](#).

BFH: Mindeststreitwert verfassungsgemäß

Der Bundesfinanzhof hat in seinem Beschluss v. 31.05.2007 ([V E 2/06](#)) festgestellt, dass die Regelung in § 52 Abs. 4 GKG, wonach in finanzgerichtlichen Verfahren der Streitwert nicht unter 1.000 € angenommen werden darf (sog. Mindeststreitwert), grundsätzlich keinen durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken unterliegt.

Lohnsteuer 2008

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat mit BMF-Schreiben v. 15.08.2007 (IV C 5 - S 2533/07/0004) das [Vordruckmuster für die Lohnsteuer-Anmeldung 2008](#) und die [Tabelle länderunterschiedlicher Werte](#) bekannt gegeben.

XML-Tage in Berlin

Die 5. XML-Tage finden vom 24. - 26.09.2007 an der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Im Rahmen des Wirtschaftsforums werden XML-basierte Lösungen u.a. für den Anwendungsbereich E-Justice vorgestellt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

DAI

Das Deutsche Anwaltsinstitut (DAI) präsentiert die Veranstaltung „Bilanzkunde für Juristen“ am 14.09.2007 in Berlin und am 16.11.2007 in Bochum. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Impressum

[Bundesrechtsanwaltskammer](#), Büro Berlin, Littenstraße 9, 10179 Berlin, Tel: 030/ 28 49 39 – 0 , Fax: 030/ 28 49 39 – 11, E-Mail: zentrale@brak.de

Redaktion und Bearbeitung: RAin Friederike Lummel; RA Stephan Göcken, Frauke Karlstedt
© [Bundesrechtsanwaltskammer](#)

Der Newsletter ist im Internet unter www.BRAK.de abrufbar.

Wenn Sie diesen Newsletter zukünftig nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie bitte eine E-Mail an karlstedt@brak.de.